

Zerstört Trump die Republikaner?

Das Udenkbare wird möglich: Donald Trump als Präsidentschaftskandidat. Der bislang erfolgreiche Ego-Trip des Bauunternehmers ist ein Geschenk Gottes – für die Demokraten.

VON RENZO RUF AUS DES MOINES (IOWA)

Verleger Jack Fowler ist sich einiges gewohnt. Seit mehr als einem Vierteljahrhundert arbeitet der bärbeissige New Yorker für das Meinungsblatt «National Review». Weil die traditionsreiche Zeitschrift, in den Fünfzigerjahren durch den konservativen Intellektuellen William F. Buckley ins Leben gerufen, liebend gern heilige Kühe schlachtet, muss Fowler regelmässig aufgebrauchte Leserinnen und Leser besänftigen.

Das Ausmass des Donnerwetters, das in den vergangenen Tagen über Fowler niedergegangen ist, hat aber auch den abgebrühten Meinungsmacher erstaunt. Er spricht von einem «Tsunami» und lacht trocken. Anlass: Die neueste Ausgabe des «National Review», in der 22 einflussreiche Kommentatoren aus dem rechten Poltspektrum (fast) sämtliche Gründe auflisten, die dagegen sprechen, Donald Trump zum Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei zu küren. Fazit des Magazins: «Trump ist ein politischer Opportunist ohne philosophisches Rückgrat, der den breiten ideologischen Konsens innerhalb der Republikaner durch einen schwer fassbaren Populismus mit diktatorischen Beiklängen ersetzen würde.»

MIT DER SCHARFEN KRITIK an Trump steht die Zeitschrift, die von Historikern als Bibel der konservativen Bewegung bezeichnet wird, nicht allein. Rechte Meinungsmacher schreiben seit Wochen gegen den populären Kandidaten an. Zuerst waren die Texte in einem leicht sarkastischen Ton gehalten, glaubte doch

fast niemand daran, dass der New Yorker Immobilienspekulant die Stehkraft zu einer Präsidentschaftskandidatur mitbringen würde. Trump bewies das Gegenteil.

Je näher deshalb die Vorwahl-Saison kommt, die morgen Montag mit den Wahlversammlungen (Caucuses) in Iowa beginnt, desto dramatischere Töne schlagen die intellektuellen Konservativen an. Trump sei ein «langjähriger Linker», dessen Weltanschauung auf Pop-Kultur, progressiven Ideen und «vulgärem Nationalismus» aufbaue, schrieb Stephen Hayes, ein Kommentator des «Weekly Standards», in einem langen Leitartikel. (Das Meinungsblatt gilt als Hauszeitschrift des neokonservativen Flügels der Republikanischen Partei.)

Falls die Republikaner in den Vorwahlen dem Kandidaten Trump den Vorzug geben würden, hielt Hayes weiter fest, dann seien sie selbst schuld – denn in diesem Fall würde ein Demokrat (sprich: Hillary Clinton) weitere vier Jahre im Weissen Haus den Ton angeben. Ähnlich pessimistisch äusserte sich das «Wall Street Journal», die konservative Stimme der Finanz- und Wirtschaftswelt, über den Kandidaten Trump. Zwar könne letztlich niemand voraussagen, wie Trump abschneiden würde – seine Kandidatur wäre ein «black swan», ein unvorhergesehenes Ereignis mit unvorhersehbarem Ausgang.

Anzunehmen sei aber, dass ein republikanischer Bannerträger Trump die Wahlchancen sämtlicher Kandidaten seiner Partei gefährden würde. Damit sei nicht nur die republikanische Mehrheit im Senat in Gefahr (55 von 100 Sitzen), sondern auch die Dominanz im Repräsentantenhaus, schrieb das «Wall Street



An ihm scheiden sich die Geister der Meinungsmacher: Der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump

Journal». (Die Republikaner haben zurzeit 246 von 435 Sitzen.) Kandidat Trump wäre damit verantwortlich für Präsidentschaft Clinton und den wirtschaftspolitischen Schaden, den sie anrichten würde.

Andererseits: Besonnene Stimmen sagen, es sei zu früh, um Nachrufe auf die Republikanische Partei zu verfassen. Sie verweisen darauf, dass Trump ein geborener Geschäftsmacher sei, der in New York City mit demokratischen und republikanischen Stadtpräsidenten zusammengearbeitet habe.

Ausgerechnet der ehemalige Chefstrategie von Präsident Barack Obama, der Demokrat David Axelrod, schrieb diese Woche in einem Meinungsbeitrag für die «New York Times», dass der Aufstieg von Donald Trump rational nachvollziehbar sei. Denn «der Stil und die Persönlichkeit» des Amtsinhabers, der nach einer erfolgreichen Wiederwahl im Jahr 2012 nicht für eine dritte Amtszeit kandidieren darf, habe einen entscheidenden Einfluss auf das Rennen seines Nachfolgers oder seiner Nachfolgerin.

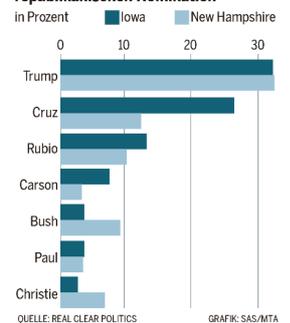
Will heissen: Nach acht Jahren Barack Obama wollen die Amerikaner nicht wieder einen kopfgesteuerten Landesvater. So war es schon vor acht Jah-

ren, als die Wählerinnen und Wähler nach einem Nachfolger für den Bauchmenschlichen George W. Bush suchten. Und acht Jahre zuvor, als sich Bill Clinton in den Ruhestand verabschiedete, nachdem er im Zuge eines Sex-Skandals fast durch das Parlament des Amtes entho-ben worden war.

DER POLITIKPROFESSOR Alan Abramowitz der an der Emory University in Georgia unterrichtet, verweist zudem darauf, dass die Gefahr einer Spaltung der konservativen Partei gering sei. Denn bei den Republikanern handle es sich um eine «ideologisch höchst kohäsive» Vereinigung, die sich schon vor einiger Zeit von den letzten verbleibenden moderaten Amtsträgern verabschiedet habe.

«Die grosse Mehrheit der Republikaner hasst Präsident Barack Obama und Hillary Clinton derart», dass es den Stammwählern nie in den Sinn kommen würde, aus Protest für einen Demokraten zu stimmen», sagt Abramowitz. Der Graben, der sich zwischen den beiden Grossparteien aufgetan habe, sei viel zu gross – nicht einmal Baulöwe Donald Trump könnte ihn (aus Versehen) zuschütten.

Umfrageergebnisse zur republikanischen Nomination



Also sprach Donald Trump: Eine kleine Zitatsammlung aus seinem Wahlkampf

«Die Show heisst Trump, und die Vorstellungen sind überall ausverkauft.»

«Ich fordere ein totales und komplettes Einreiseverbot für Muslime, die in die USA wollen.»

«Bio ist für mich Abfall.»



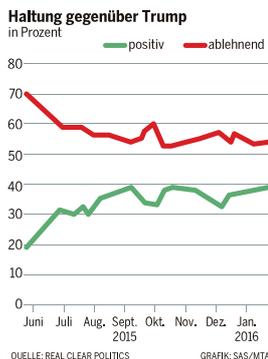
anlässlich einer Wahlveranstaltung im September 2015 in Rochester, New Hampshire.

MARK PETERSON/REDUX/LAIF

■ DIE WAHLVERSAMMLUNGEN IN IOWA: EIN MEDIENSPEKTAKEL

Jimmy Carter ist es zu verdanken, dass Iowa alle vier Jahre zu einem veritablen Epizentrum der amerikanischen Politik wird. Der Demokrat katapultierte die etwas verschrobene Wahlversammlung (Caucuses) im Jahr 1976 in den Status eines Medienspektakels – indem es dem weitgehend unbekanntem Ex-Gouverneur aus Georgia gelang, in der ersten Auseinandersetzung der Vorwahl-Saison sämtliche Erwartungen zu übertreffen. Seither gilt die Regel: **Iowa ist für eine Überraschung gut.** Zwar ist ein Sieg bei den Vorwahlen im Mittleren Westen keine Voraussetzung für die Nomination zum Präsidentschaftskandidaten. So gewann im Jahr 1980 der Republikaner George Bush vor dem späteren Kandidaten (und Präsidenten) Ronald Reagan die Caucuses; ein Triumph in Iowa aber stellt unter Beweis, dass ein Kandidat über **den nötigen Rückhalt an der Basis** verfügt. Der Grund dafür ist die Besonderheit der Wahlversammlungen. Im Gegensatz zu einer Urnenwahl finden die Caucuses zu einem fix definierten Zeitpunkt statt: Sie beginnen am Montag um 19 Uhr Ortszeit. Wählerinnen und Wähler müssen zu diesem

Zeitpunkt in den Versammlungsorten physisch anwesend sein, damit sie ihre Stimme abgeben können. Die Prozedur bei den Republikanern gleicht **einer klassischen Parteiversammlung.** Repräsentanten der Präsidentschaftskandidaten halten kurze Reden; dann wird geheim abgestimmt. 2012 beteiligten sich 121 500 Parteimitglieder in mehr als 1700 Abstimmungslokalen an den Caucuses; dies entspricht **rund 20 Prozent** der registrierten Parteimitglieder. Bei den Demokraten ist die Abstimmungskaskade komplexer. Erstens stimmen die Demokraten offen ab. Und zweitens müssen Kandidaten in der ersten Runde **mindestens 15 Prozent** der Stimmen erzielen. Fällt ein Kandidat unter diese Schwelle, findet ein zweiter Wahlgang statt, in dem seine Anhängerinnen und Anhänger sich **für einen neuen Kandidaten** entscheiden können. Dabei werben die Konkurrenten offen um ihre Stimme. 2008, dank der Kandidatur von Barack Obama, beteiligten sich 240 000 Parteimitglieder an den Caucuses, ein Drittel der registrierten Demokraten. (Die genauen Zahlen wurden nie veröffentlicht.)



Hillary Clinton mit dem Rücken zur Wand

Wen nominieren die Republikaner und die Demokraten als Präsidentschaftskandidaten? Morgen beginnt das Spektakel – wie immer in Iowa.

VON RENZO RUF AUS DAVENPORT (IOWA)

Er wirkt müde. Sein Gesicht ist eingefallen, die Stimme heiser. Und doch gelingt es dem bald 70 Jahre alten Bill Clinton immer noch, das Publikum in seinen Bann zu ziehen. Für einmal aber spricht der ehemalige US-Präsident an diesem Freitagabend vor einigen hundert Menschen in einem Vergnügungslokal in Davenport (Iowa) nicht über die Verdienste in seiner Amtszeit. (Obwohl: In Nebenätzen ruft er in Erinnerung, wie gut es Amerika in den Neunzigerjahren ging, als die Familie Clinton letztmals im Weissen Haus in Washington wohnte.)

Im Zentrum seiner Wahlkampfrede steht vielmehr seine Gattin, mit der er seit ziemlich genau 45 Jahren zusammen ist. Er erzählt, wie Hillary sich ihr Leben lang für Kinderanliegen und Frauenrechte starkgemacht habe. «Sie ist eine Kämpferin.» Und er betont, wie beharrlich sie bei der Verfolgung ihrer Ziele sei. «Alles, was sie berührt, wird besser», sagt er dabei immer und immer wieder. Als Hillary nach einigen Minuten ebenfalls auf die Bühne steigt, umarmt sie den Präsidenten im Ruhestand innig. Und das Publikum tobt.

AM MONTAG beginnt in Iowa mit den Wahlsammlungen (Caucuses) die lange amerikanische Vorwahlzeit. Von morgens früh bis abends spät durchkreuzen deshalb demokratische und republikanische Präsidentschaftskandidaten den ländlichen Staat im Mittleren Westen – auf der Suche nach unentschiedenen Wählerinnen und Wählern.

Dass Clinton in dieser heissen Phase des Wahlkampfs auf ihren Gatten zurückgreift, der als begnadeter Politiker seiner Generation galt, ist kein Zufall. Denn die ehemalige Ausseministerin, die noch vor einigen Monaten als Favoritin im Lager der Demokraten galt, steht mit dem Rücken zur Wand. Parteifreunde wenden sich ab. Mit ihrer pragmatischen Botschaft – «Ich verspreche lieber zu wenig und liefere dann weit mehr als erwartet» – stösst sie am linken Parteirand auf taube Ohren.

Hinzu kommt, dass es Clinton nicht gelingt, einen Schlussstrich unter die Debatte über ihren privaten E-Mail-Server zu ziehen, auf dem sie in ihrer Amtszeit als Ausseministerin streng geheime Regierungsdokumente speicherte. Am Freitag wurde bekannt, dass sich 22 E-Mails auf dem Server befanden, die derart geheim waren, dass sie selbst in einer stark redigierten Fassung nicht publik gemacht werden können.

Von dieser Anti-Clinton-Stimmung profitiert in erster Linie Bernie Sanders. Auch er tritt am Freitagabend in Davenport auf, einer erschöpft wirkenden Industriestadt am Ufer des Mississippi.

IM GEGENSATZ zu Clinton verspricht der Senator aus Vermont das Blaue vom Himmel. Er will das amerikanische Gesundheitswesen verstaatlichen, die Gebühren für öffentliche Universitäten abschaffen und massive Geldsummen in den Neubau von Strassen und Brücken

investieren. Sein politischer Gegner («das Establishment») behaupte, seine Ideen seien «radikal», sagt Sanders. Er aber finde: «Es ist sinnvoller, in die Erziehung und Ausbildung unserer Kinder zu investieren als in Gefängnisse und in Repression.» Matthew Coomber, ein Theologie-Professor an einer lokalen Universität, klatscht begeistert.

Coomber sagt im Gespräch, er könne nachvollziehen, warum viele seiner Landsleute Schwierigkeiten mit dem Gedankengut des selbst ernannten «demokratischen Sozialisten» hätten. Der Be-



Kandidaten der Demokraten: Hillary Clinton und Bernie Sanders. KEYSTONE

griff wecke bei vielen Amerikanern immer noch Erinnerungen an den Kalten Krieg und den Konflikt mit der Sowjetunion, sagt der grossgewachsene Theologe. Letztlich wolle Sanders aber bloss die drängendsten Probleme Amerikas lösen. «Und dass er dabei auf Ideen zurückgreift, die gerade in Europa mit Erfolg umgesetzt wurden, finde ich gut», sagt Coomber.

WÄHREND SICH die Demokraten auf einen Zweikampf zwischen Clinton und Sanders vorbereiten – letzte Meinungsumfragen gehen von einem Kopf-an-Kopf-Rennen aus –, ist die Lage bei den Republikanern eher unübersichtlich. An der Spitze des Kandidatenfeldes steht der New Yorker Baulöwe Donald Trump, der am Samstag in Davenport auftritt. Gemäss Meinungsumfragen kämpfen die beiden jungen Senatoren Ted Cruz (Texas) und Marco Rubio (Florida) um Platz zwei. Cruz spricht vor allem den religiösen Parteiflügel an, während Rubio versucht, es sämtlichen Fraktionen der Partei recht zu machen.

Aber: Ein ansehnlicher Teil der republikanischen Basis hat sich noch nicht für einen Kandidaten entschieden. Und niemand wagt eine Prognose – selbst langjährige Politbeobachter nicht – darüber, ob Trumps Anhänger am Montag tatsächlich bei den Wahlsammlungen auftauchen werden.

« Wir haben sehr dumme Leute, die unser Land regieren. »

« Jetzt bin ich ein Politiker. Aber ich hasse die Bezeichnung. »

« Ich mag es nicht, Zweiter zu sein. Das ist schrecklich für mich! »